

Umsonst an die Elite-Uni

Von Bernd Kramer

Umsonst an die Elite-Uni

Ein Stipendium bekommen oft junge Menschen, die aus privilegierten Familien stammen. Vor allem für begehrte Studienplätze im Ausland überweisen Förderwerke hohe Summen – auch wenn die Eltern die Gebühren selbst bezahlen könnten. Ist das fair?

VON BERND KRAMER

In der Schule hat Elisabeth an Debattierwettbewerben teilgenommen, sie interessiert sich für Politik, das passende Studium war schnell gefunden: *Philosophy, Politics and Economics*, eine Kombination aus großen Fragen und harten Zahlen, an einer angesehenen Universität in England; eine Freundin hatte sie auf die Idee gebracht. „Dieser Studiengang hat den Ruf, dass die Absolventen die nächsten Premierminister von England werden wollen“, sagt die 21-Jährige. Es ist ein *prestigious degree*, eine Ausbildung mit Strahlkraft. Und eine teure. 9250 Pfund Gebühren werden Jahr für Jahr fällig, wie üblich an britischen Unis, rund 10 000 Euro.

Elisabeths Eltern sind Juristen in guten Positionen in der Verwaltung. Als die Tochter zu Hause von dem Plan erzählte, waren die Studiengebühren kein Thema. Nichts, was abschreckte. Nichts, was man nicht irgendwie finanzieren könnte. „Die wussten, was kommt.“

Sogar einige Stipendiaten rebellierten gegen ihr Privileg und spendeten ihr Büchergeld

Bezahlen müssen sie dennoch nicht. Elisabeth wurde in die Studienstiftung des deutschen Volkes aufgenommen. Ihre Ausbildung finanziert nun der deutsche Staat. Gut ein Prozent der Studierenden in Deutschland bekommt ein Stipendium von einem der 13 Begabtenförderwerke; das Geld dafür stammt aus dem Bundesbildungsministerium. Schon länger stehen die Werke in der Kritik, weil ihre Förderung oft jene begünstigt, die ohnehin aus privilegierten Familien stammen. Etwa die Hälfte der Studierenden in Deutschland stammt aus Akademikerhaushalten, unter den Stipendiaten haben dagegen gut zwei Drittel Eltern mit einem Hochschulabschluss.

Als vor einigen Jahren das sogenannte Büchergeld von 80 Euro auf 300 Euro angehoben wurde, rebellierten selbst einige der Geförderten: Sie spendeten das Geld an Projekte, die denen helfen, die es nötiger haben. Verglichen mit dem, was deutsche Stipendiaten an ausländischen Unis bekommen, ist das aber Kleingeld.

Die Förderwerke können im Ausland Studiengebühren in einer Höhe von bis zu 10 000 Euro pro Jahr bezuschussen. Und sie übernehmen diese Kosten ohne jede Prüfung der Bedürftigkeit. Wer in Deutschland dagegen BaFög zur Studienfinanzierung erhalten will, muss erst sein Vermö-



Wer an einer prestigeträchtigen Hochschule wie der Universität Cambridge in Großbritannien studiert, darf sich glücklich schätzen. Besonders dann, wenn der Staat dafür zahlt.

FOTO: ANDREW COULDRIDGE/REUTERS

Kein Deutschlandstipendium für Bedürftige?

Im Vergleich zur opulenten Studienfinanzierung durch Begabtenförderwerke nimmt sich das Deutschlandstipendium bescheiden aus: 300 Euro im Monat erhält ein Stipendiat. Eine Hälfte wirbt seine Hochschule bei einem privaten Förderer ein, die andere gibt das Bundesbildungsministerium (BMBF) dazu. Als das Programm vor zehn Jahren mit einem Festakt startete, beschwor das Ministerium eine „neue Ära der Stipendienkultur“ mit „Chancen für alle“. Und im zugrunde liegenden Gesetzestext steht bis heute, dass bei der „Gesamtbetrachtung des Potenzials“ die Begabungen und Leistungen der Bewerber zählen – aber auch „besondere soziale, familiäre oder persönliche Umstände“ berücksichtigt werden sollten.

Fraglich ist nur, inwieweit bei der Stipendiatenauswahl solche Umstände tatsächlich zur Geltung kommen. Der Augsburger BWL-Professor Hans Ulrich Buhl hat mehr als 200 Deutschlandstipendien eingeworben und kennt die prekäre Lage vieler Studierender in der Corona-Krise. Mitte April schreibt er dem BMBF einen Brief und bietet die Unterstützung des von ihm geleiteten Betriebsverbandes mit über 2500 ProfessorInnen an. Er verweist auf die Möglichkeit, neben der notenbasierten Auswahl von Stipendiaten deren Bedürftigkeit als Kriterium heranzuziehen. Drei Wochen später erhält er Antwort: Beim Deutschlandstipendium sei „die wirtschaftliche Bedürftigkeit als unzulässiges Kriterium für die Auswahl (...) zu werten“.

Buhl schreibt zurück: Die Auslegung des BMBF widerspreche dem Gesetz. Er fragt, wie eine Corona-bedingte Notlage *nicht* als besonderer sozialer Umstand gewertet werden könne. Eine Antwort steht fast vier Wochen später noch aus. Derweil ist in Augsburg die Antragsfrist fürs Deutschlandstipendium ab kommendem Wintersemester abgelaufen. Woanders, an der Münchner TUM oder der Berliner FU etwa, kommt sie noch. Buhl hofft, dass begabte Studierende in Not die Chance nutzen. Und dass es keiner Uni ergeht wie seiner: Seit das BMBF sie 2018 zu einem schematischen Auswahlverfahren verdonnert hat, kann die Bedürftigkeit von Bewerbern nicht mehr im persönlichen Gespräch ermittelt werden. SKLE

gen offenlegen und Einkommensnachweise der Eltern vorzeigen. Ist das gerecht?

Elisabeth, die anders heißt und nicht mit ihrem richtigen Namen in die Öffentlichkeit möchte, hadert mit dem großzügigen Geschenk. „Ich freue mich, dass ich meinen Eltern nicht auf der Tasche liege“, sagt sie. Einerseits. Andererseits: „Für das viele Geld, das ich bekomme, hätte man in Deutschland gleich drei Stipendiaten das Studium finanzieren können.“ Auch unter den übrigen Stipendiaten in England sei die Frage immer wieder Thema: Sollte der Staat mit so viel Geld der Steuerzahler die Ausbildung von Menschen finanzieren, die es sich sowieso leisten könnten? Sollte man nicht zumindest das Einkommen der Eltern prüfen, ehe man die kompletten Studiengebühren übernimmt?

Auch das Ministerium weiß nicht, in welchem Maß die profitieren, die es nicht nötig haben

Überraschen kann, dass das Bundesbildungsministerium offenbar selbst nicht so genau weiß, wie viel Geld aus seinem Budget über die Werke in die Auslandsförderung geht – und in welchem Umfang dabei diejenigen profitieren, die die Unterstützung nicht unbedingt nötig hätten. Ein Problem sieht das Haus von Ministerin Anja Karliczek darin nicht, „weil hier die Förderung von Mobilität im Vordergrund steht und nicht die soziale Bedürftigkeit“, wie ein Sprecher mitteilt.

Alein die Konrad-Adenauer-Stiftung, die der CDU nahesteht, übernahm im vergangenen Jahr Studiengebühren in Höhe von einer Million Euro. Die Studienstiftung des deutschen Volkes, das größte Förderwerk, unterstützte 6004 Auslandsvorhaben, im Schnitt mit 2 373 Euro. Davon profitierten Erstakademiker besonders, argumentiert die Stiftung: Im Kreis der Stipendiaten sind Kinder aus Nicht-Akademiker-Familien zwar unterrepräsentiert – sie gingen dafür aber immerhin mit der Förderung vergleichsweise oft an ausländische Universitäten.

Studentin Elisabeth fragt sich dennoch, wie offen sie mit dem Privileg umgehen sollte. Ihre Kommilitonen beendeten fast alle mit hohen Schulden das Studium. Auch andere internationale Studierende an ihrer Uni müssten Kredite aufnehmen, wenn die Eltern die Gebühren nicht übernehmen. Fast alle hätten erstaunt reagiert, wenn sie erzählte, wie großzügig sie von der Studienstiftung finanziert wird. „Ich habe kaum jemanden getroffen, der von einer solchen Förderung berichten kann.“